Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 80. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 3. April 1928

Wandlung Poincarés?

Das einzige Land, demgegenüber die Kriegs„schulden" sofort nach dem Kriege aufgestellt und das auch zu sofortiger Abzahlung verurteilt wurde, war Deutschland; denn die verhältnismäßig ganz geringen Summen, die den anderen ehemaligen Mittelmächten auferlegt wurden, verschwinden gegenüber den 132 Milliarden Goldmark, die 1921 in London beschlossen wurden und an denen gewisse Kreise der Entente bis vor kurzem festhielten als Gesamtsumme der deutschen Kriegsschulden — lies: Kriegsentschädigung.

Der Dawes-Plan nun aber brachte nicht bloß eine neue Zahlungsmethode in die ganze Frage und den ganzen Streit hinein — ohne allerdings die Auseinandersetzung über die endgültige Höhe der deutschen Belastung oder die Dauer der Dawes-Zahlungen selbst zu berühren —, sondern die Regelung der Weltverschuldung, also der interalliierten Schulden, kam in ein allerdings ziemlich langsames Rollen. England „akkordierte" mit den Vereinigten Staaten, dann auch mit Frankreich; aber alle Pariser Regierungen sind trotz langwieriger Verhandlungen bisher mit Washington noch zu keiner endgültigen Einigung über die Abzahlung der französischen Kriegsschulden an Amerika gekommen.

Nun hat der französische Ministerpräsident Poincaré in einer Wahlrede, die in ihrer Mäßigung sich recht beträchtlich von seinen früheren Redeübungen unterscheidet, eine Äußerung getan, die auf die Absicht schließen läßt, die deutschen Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan zu einer Abtragung der französischen Schulden an Amerika zu benutzen. Die Verquickung beider Dinge ist freilich bisher von Washington aus immer abgelehnt worden, aber — es geht allerhand in Paris vor. Der „Gelddiktator der Welt", also der bekannte amerikanische Bankenfürst Pierpont Morgan, weilt zurzeit in der französischen Hauptstadt, andere Finanzgewaltige der Vereinigten Staaten haben gleichfalls einen „trip" nach Europa gemacht und man weiß, daß der Reparationsagent Parker Gilbert eifrig bemüht ist, den Dawes-Plan zwar nicht zu reformieren, zum mindesten nicht eher, als bis das Normaljahr, das am 1. September 1928 beginnt, ein deutliches Bild über Deutschlands Zahlungsfähigkeit abgegeben hat, aber breitere Auszahlungsmöglichkeiten an die Alliierten zu schaffen. Und schließlich soll man sich auch in London mit der Frage nicht bloß der endgültigen Festsetzung der deutschen Belastung beschäftigt und sich dabei auf den Standpunkt gestellt haben, diese Endsumme dürfe nicht größer sein als der Gesamtbetrag der interalliierten Verschuldung an die Vereinigten Staaten. Das wäre allerdings immer noch eine Summe, die beträchtlich über die von Parker Gilbert vorgeschlagene — etwa 50 Milliarden — hinausgeht, aber doch nur halb so hoch ist als jene, die einst im Londoner Ultimatum festgesetzt war:

Und Deutschland?

Wenn Poincaré äußert, er sei bereit, „Kombinationen anzunehmen, die unseren Alliierten von gestern, dem Deutschen Reich und uns selbst gestatten würden, uns schneller unserer Schuld zu entledigen," so knüpft er diese Bereitschaft zunächst an die „volle Wahrung unserer Sicherheit und unseres Rechts auf Reparationen". Auf Einzelpläne und -vorschläge, die in reicher Fülle publiziert worden sind und die zum Teil darauf hinauslaufen, einfach die Vereinigten Staaten zum Alleingläubiger Deutschlands — unter Streichung aller interalliierten Schulden an Amerika — zu machen, braucht kaum ernsthaft eingegangen zu werden; denn darauf ließe sich die Washingtoner Regierung doch nicht ein. Vielleicht aber denkt Poincaré bei seinen Worten an den einst vom deutschen Außenminister in Thoiry gemachten Vorschlag, die 11 Milliarden Stammaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu „mobilisieren", die dem Dawes-Plan gemäß 1924 der Reparationskommission ausgehändigt werden mußten, bisher aber noch nicht auf den internationalen Geldmärkten, also vor allem nicht in Newyork, verkauft wurden, weil dies bei der ungeheuren Größe der Summe und bei der sonstigen finanziellen Belastung Deutschlands zu einem Reinfall geführt hätte und infolgedessen vorläufig als ganz unmöglich bezeichnet werden muß. Geschieht es aber doch und sollte es mit amerikanischer Hilfe allmählich glücken, die deutschen Eisenbahnaktien beim Privatpublikum in der ganzen Welt unterzubringen, so würde das eine Verschuldung Deutschlands in dieser Höhe an die ganze Welt bedeuten, während bisher nur die Verpflichtung Deutschlands gewissen Gläubigerstaaten gegenüber bestand. Da liegt also eine sehr große Gefahr und Deutschland, das auf eine ursprüngliche Reform des Dawes-Plans hinarbeiten muß, kann sich nicht einverstanden damit erklären, ihn durch ein derartiges Finanzmanöver noch drückender, noch gefährlicher machen zu lassen. Nur also eine Endlösung, nicht ein gefährliches etappenweises Vorgehandeln liegt in deutschem Interesse.

Der Reichspräsident in Urlaub.

Aufenthalt in Hannover.

Reichspräsident v. Hindenburg traf Sonntag morgen auf seiner Urlaubsreise nach Hannover in Lüneburg ein, um an der Konfirmation seiner Enkelin Christa v. Petz, der Tochter des Majors v. Petz, teilzunehmen. Die Konfirmation fand in der Klosterkirche statt. Hindenburg nahm am Altar neben den Konfirmanden Platz. Eine große Menschenmenge brachte Hindenburg nach der kirchlichen Feier lebhafte Ovationen dar.

Montag kam der Reichspräsident in früher Stunde im Salonwagen in Hannover an und begab sich, empfangen von seinem Sohn, im Auto nach seinem Hause in der Seelhorststraße. Auf dem Bahnhof hatten sich, da die Ankunft des Reichspräsidenten unbekannt geblieben war, nur wenige Menschen eingefunden, die den Ehrenbürger von Hannover begrüßten. Hindenburg wird seinen achttägigen Osterurlaub in Hannover verleben.

Neuaufrollung der Schuldenfrage

Poincaré über das Schuldenproblem

Eine bemerkenswerte Rede.

Poincaré hat in Carcassonne eine Wahlrede gehalten, die in allen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt hat. Er sprach wieder von der Sicherung des Friedens und von der Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens. Die für die internationale Politik wichtigste Stelle seiner Ausführungen ist der Hinweis auf eine Überprüfung des Dawes-Abkommens zur Mobilisierung der in diesem Plan vorgesehenen Eisenbahn- und Industrieobligationen. Dieses Finanzproblem würde dann andere Probleme gleichen Charakters aufrollen. Poincaré bekundete schließlich die Absicht, nach besten Kräften an einer allgemeinen Annäherung der Geister mitzuarbeiten, wodurch allein eines Tages die Aussöhnung der Herzen erfolgen könne.

Poincarés Ueberraschung.

Die Rede Poincarés hat in der französischen Presse im allgemeinen eine sehr günstige Aufnahme gefunden. Hier und da wird allerdings bemängelt, daß Poincaré kein festumrissenes Wahlprogramm gegeben hat. Von den Blättern der Linken wird der Linksruck des Ministerpräsidenten hervorgehoben. Dieser Vorgang wird auch von der deutschen linksstehenden Presse unterstrichen, während in rechtsstehenden deutschen Kreisen darauf hingewiesen wird, daß Poincaré seine Rede vor einer linksstehenden Wählermasse hielt, so daß er also, um diese für sich zu gewinnen, friedlicher als sonst sprechen mußte.

Auch in deutschen Regierungskreisen hat die Rede Poincarés angenehm überrascht. Allerdings hätte man gewünscht, daß Poincaré sich noch deutlicher über eine etwaige Neuregelung des Schuldenproblems ausgesprochen hätte. Man hofft, daß er dies noch demnächst tun wird.

Der Lohnstreit im Buchdruckgewerbe.

Dresden, 3. April. Die Gauleitung des Dresdner Buchdruckervereins teilt uns mit, daß sich die bürgerlichen Zeitungen mit der Gehilfenschaft geeinigt haben. Die Zeitungen erscheinen heute wieder. 1600 Gehilfen haben die Arbeit zu höheren Lohnsätzen als durch den Schiedsspruch vereinbart war, wieder aufgenommen. Uebrigens käme überhaupt keine Aussperrung in Frage, sondern nur Streik.

Dr. Stresemann zu Ehren Bismarcks.

Gedenkrede am 1. April.

Die Arbeitsgemeinschaft ostpreußischer Regimentsvereine in Berlin veranstaltete im Kriegervereinshause zu Berlin am 1. April eine Bismarck-Geburtstagsfeier zum Besten ostpreußischer Nothilfe.

Die Festrede hatte Reichsaußenminister Dr. Stresemann übernommen. Er untersuchte in seiner Ansprache die Frage, was Bismarck uns heute zu sagen habe, was wir von ihm als Menschen, als Staatsmann und Diplomaten lernen können. Man würde von Bismarck nicht verlangen können, daß er im Jahre 1928 mit denselben Mitteln Politik triebe, wie er es 1880 getan hat. Für ihn war die Politik die Lehre vom Möglichen, die ihn die verschiedenen Parteien als das benutzen ließ, was sie sein sollten, als Faktoren, die dem Vaterlande dienen. Er hat nicht danach gefragt, welche Couleur sie trugen, wenn er nur die Überzeugung hatte, daß sie mit ihm zusammen für Deutschland wirken wollten. Wie das Leben dieses großen Mannes, so führte Stresemann aus, nur dem Wohle des Staates galt, so wollen auch wir an Bismarcks Geburtstag einmütig fest zusammenstehen, uns das Leben dieses Mannes zum Leitstern machen, jeder an der Stelle, an der er zu wirken hat. Ich habe gelesen, daß die Stadt Marggrabowa ihren Namen in „Treuburg" geändert hat. Lassen Sie uns hoffen, daß das ganze Deutschland, und insbesondere Ostpreußen, das einst in dem Kampfe um die Wiedererrichtung Preußens an erster Stelle stand, Treuburg werde. So dienen wir dem Andenken Bismarcks am besten und arbeiten in seinem Geiste.

Im Anschluß an die Rede sang die Versammlung das Deutschlandlied. Reichsinnenminister Dr. v. Keudell sprach hierauf Dr. Stresemann den Dank der Teilnehmer aus, erinnerte in seinen weiteren Ausführungen an die große historische Bedeutung Ostpreußens und ließ seine Worte in ein Hoch auf diese Provinz ausklingen.

*

Weitere Bismarck-Feiern.

In vielen Städten und Orten des Reiches ehrte man am Sonntag das Andenken Bismarcks durch würdige Veranstaltungen. In Berlin waren am Denkmal des Altreichskanzlers vor dem Reichstag zahlreiche Kränze und Blumengewinde niedergelegt. Die Hamburger Kriegerverbände hielten eine Gedenkfeier am Mausoleum zu Friedrichsruh ab. Pastor Kieckbusch ermahnte in seiner Gedenkrede das deutsche Volk, Bismarck nicht zu vergessen. Die Deutschen brauchen jetzt den starken Glauben an die Bismarcksche Welt der Wahrheit, Klarheit, Gerechtigkeit und des Lichts. Trotz des Regens nahmen Tausende an der Feier teil.

„Im Interesse der Republik verabschiedet".

Die Neuernennungen.

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge sind auf Grund des preußischen Gesetzes vom 31. Dezember 1922 „im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform" folgende Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden: die Vizepräsidenten v. Redern in Gumbinnen, Schlieffing in Potsdam, Dr. v. Keudell in Erfurt, Wellenkamp in Lüneburg, Dr. Dyckerhoff in Aurich, Dr. Werner in Minden.

Zu Vizepräsidenten sind ernannt worden bei der Regierung in Gumbinnen der Landrat Dr. Steinhoff in Zeitz; Potsdam: der Oberregierungsrat Dr. Mayer im Polizeipräsidium in Berlin; Minden: der Regierungsvizepräsident Dr. von Krause von der Regierung in Oppeln; Lüneburg: der Oberregierungsrat Dr. Beermann vom Oberpräsidium in Hannover; Aurich: der Oberregierungsrat Dr. Peucker vom preußischen Ministerium des Innern; Erfurt: der Landrat Fischenich aus Stuhm.

Im Bereich der preußischen Justizverwaltung ist der Oberstaatsanwalt Frackenpohl in Altona auf Grund des § 3 der Verordnung vom 26. Februar 1919 mit sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Aegypten will unabhängig sein.

Entschiedene Note nach London.

Bei der britischen Regierung in London ist eine Note aus Kairo eingetroffen, die eine scharfe Ablehnung der englischen Vorschläge für die fernere Verwaltung Ägyptens enthält. Ägypten nimmt den Standpunkt ein, daß England kein Recht habe, das Land besetzt zu halten, weil die ägyptische Regierung aus eigener Kraft in der Lage sei, die Fremden zu schützen und den Suezkanal zu verteidigen.

Englische militärische Hilfe könne nur dann in Frage kommen, wenn Ägypten sie in einer außenpolitischen Lage anfordert, in der es sich außerstande fühlen würde, den Suezkanal zu verteidigen. Da Ägypten für sich das Recht in Anspruch nimmt, ohne englische Hilfe die Fremden zu schützen, hält es sich auch für berechtigt, jede Einmischung Englands in die innenpolitische und wirtschaftliche Gesetzgebung Ägyptens abzulehnen.

In Londoner politischen Kreisen ist man äußerst besorgt und erwartet eine kurze, aber um so heftigere Auseinandersetzung zwischen dem ägyptischen nationalistischen Kabinett und dem englischen Oberkommissar. Man bezeichnet als ersten Schritt die Übernahme der Funktionen der Polizei durch die englischen Besatzungstruppen und ein an König Fuad gerichtetes Verbot, das vom ägyptischen Parlament verabschiedete Vereinsgesetz zu unterzeichnen.

Aprilausschüttung aus der Hindenburg-Spende

Entsprechend den vom Kuratorium der Hindenburg-Spende festgesetzten Richtlinien werden im Jahre 1928 am 1. April und am 2. Oktober je 450 000 Mark in Beträgen von durchweg je 200 Mark an besonders ausgesuchte schwere Fälle aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ausgeschüttet. Die Auswahl erfolgt durch die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Hauptversorgungsämter. Eine kürzlich unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattgefundene Sitzung hat die von den genannten Stellen gemachten 2250 Vorschläge gebilligt. Bei der Aprilausschüttung wurden besonders kinderreiche Kriegerwitwen berücksichtigt. Demgemäß wurden zum 1. April 1689 Kriegerwitwen und -waisen, 351 Kriegsbeschädigte und 88 Altveteranen aus der Hindenburg-Spende bedacht. Damit beläuft sich der bisher aus der Hindenburg-Spende an Kriegsopfer zur Ausschüttung gebrachte Betrag auf rund 850 000 Mark.

Für die nächste am Geburtstag des Reichspräsidenten stattfindende Ausschüttung von 450 000 Mark machen wiederum die Kriegsbeschädigtenfürsorge und — soweit ehemalige Heeresbeamte und Offiziere in Frage kommen — die Hauptversorgungsämter die entsprechen-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF